25.11.2026 - Gesetzgebung

Bundeslagebilder für das Jahr 2025 veröffentlicht

Die Zahl weiblicher Opfer von Gewalt ist im Jahr 2025 erneut gestiegen. Auch Minderjährige sind in erheblichem Ausmaß betroffen. Die aktuellen Bundeslagebild „Häusliche Gewalt“ und Bundeslagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ zeigen für das Jahr 2025 erstmals **Anstiege in sämtlichen Deliktsbereichen –** und das, obwohl der allgemeine Trend bei Gewaltkriminalität rückläufig ist.

Mehr als 280.000 Opfer häuslicher Gewalt

Im Jahr 2025 wurden 280.129 Menschen als Opfer häuslicher Gewalt polizeilich registriert. Das entspricht einem **Anstieg um 2,8 Prozent** gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Betroffenen von Partnerschaftsgewalt stieg um 2,3 Prozent auf 179.940, die der Betroffenen innerfamiliärer Gewalt um 3,7 Prozent auf 100.189.

- 70,6 Prozent der Opfer häuslicher Gewalt waren weiblich.
- Bei Partnerschaftsgewalt lag der Anteil weiblicher Opfer bei 79,4 Prozent.
- Rund drei Viertel der Tatverdächtigen bei häuslicher Gewalt waren männlich.
- 292 Menschen starben infolge häuslicher Gewalt, darunter 209 Frauen und Mädchen.
- 130 Frauen wurden durch ihren Partner oder Ex-Partner getötet.

Da die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) keine Tatmotivation erfasst, lassen sich diese Tötungsdelikte bislang **nicht eindeutig als Femizide einordnen**. Das Bundeslagebild enthält jedoch erstmals eine von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe entwickelte Definition von Femiziden. Auf dieser Grundlage soll künftig eine gezielte statistische Erfassung ermöglicht werden.

Zunahme digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Auch in anderen Deliktsbereichen ist die Zahl der weiblichen Opfer gestiegen. **54.675 Frauen und Mädchen** wurden 2025 als Opfer von Sexualstraftaten registriert (+2,3 Prozent). Knapp die Hälfte von ihnen war zum Tatzeitpunkt minderjährig.

Die Zahl der weiblichen Opfer **digitaler Gewalt stieg um knapp 16 Prozent** auf 31.221. Überwiegend handelte es sich um Nötigung, Bedrohung und Stalking. Die Zahl der als **politisch motivierte Kriminalität** erfassten frauenfeindlichen Straftaten nahm gegenüber dem Vorjahr um fast 50 Prozent zu.

Das tatsächliche Ausmaß der Gewalt dürfte deutlich größer sein. Nach den Ergebnissen der

Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag“ (LeSuBiA) liegt die Anzeigequote bei den untersuchten Gewaltformen meist unter zehn Prozent.

Bundesregierung will Gewaltschutz weiter stärken

Bundesjustizministerin Stefanie *Hubig* verwies anlässlich der Veröffentlichung der Bundeslagebilder auf die Maßnahmen zur Verbesserung des Gewaltschutzes. Dazu zählen insbesondere die Möglichkeit der familiengerichtlichen Anordnung einer elektronischen Fußfessel, die Ausweitung der psychosozialen Prozessbegleitung sowie die härtere Bestrafung von Straftaten unter Einsatz von K.-o.-Tropfen.

Bundesfrauenministerin Karin *Prien* betonte die Bedeutung des Gewalthilfegesetzes für den Aufbau eines flächendeckenden Schutz- und Beratungsangebots für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder. Darüber hinaus plane ihr Ministerium verschiedene Modellprojekte zur Prävention häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt.

Zum Weiterlesen und -hören:

Gewaltschutz im Umbruch - Überblick über aktuelle Gesetzgebungsvorhaben

Michael *Cirullies*: Referentenentwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz v. 22.8.2025, FamRZ 2025, 1673 {FamRZ-digital | FamRZ bei juris}

Werner *Dürbeck*: Besserer Opferschutz vor häuslicher Gewalt im familiengerichtlichen Verfahren?, FamRZ 2026, 1305 {FamRZ-digital | FamRZ bei juris}

FamRZ-Podcast familiensachen: Folge 36 Gewalt gegen Frauen

FamRZ-Podcast familiensachen: Folge 21 Die Umsetzung der Istanbul Konvention in Deutschland

FamRZ-Podcast familiensachen: Folge 3 Istanbul-Konvention